

Harburger Opposition geht gegen Kürzungen in Jugendhilfe vor

Harburg. Nach der Ablehnung des Antrags der Verwaltung zu Einsparmaßnahmen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) durch den Harburger Jugendhilfeausschuss (das Abendblatt berichtete) haben die lokalen Fraktionen der Grünen, der CDU und der Linken jetzt einen gemeinsamen Antrag zum Thema eingebracht, der bei der nächsten Sitzung der Bezirksversammlung am kommenden Dienstag zur Diskussion gestellt wird. "Gerade für Kinder und Jugendliche, die sich mit dem Schulalltag schwer tun, ist die Offene Kinder und Jugendarbeit ein wesentliches niedrigschwelliges Angebot zur Hilfestellung", heißt es in dem Antrag. Schulische Angebote könnten die OKJA allenfalls ergänzen, aber nicht ersetzen. Besondere Bedeutung hätten die Leistungen der freien Träger vor allem nach 16 Uhr, an Wochenenden und in den Ferien.

Vor diesem Hintergrund wird der Hamburger Senat aufgefordert, die avisierten Kürzungen im Jugendhilfebereich in Höhe von zehn Prozent für zwei Jahre auszusetzen. Zudem soll er "ein Moratorium als Voraussetzung für eine sinnvolle Neuordnung des Jugendhilfesystems" beschließen, das in dieser Zeit noch einmal genau analysiert werden müsse gerade im Hinblick auf notwendige Anpassungen durch den Ausbau des Ganztagsbetriebs an den Schulen.

Unterdessen ist zu erwarten, dass die SPD den Vorstoß der Opposition mit ihrer Einstimmigenmehrheit in der Bezirksversammlung ablehnen wird. Der eigene Antrag, in dem die Einsparungen durch Umschichtungen aus anderen Fonds weitgehend aufgefangen werden sollten, war im Jugendhilfeausschuss (JHA) aus verfahrenstechnischen Gründen nicht zur Abstimmung gekommen.

Er wäre allerdings wohl auch abgewiesen worden, weil im JHA auch Vertreter der freien Träger stimmberechtigt sind und die SPD deshalb selbst mit Unterstützung der FDP über keine Mehrheit verfügt.